

Er wird beim Parteitag am 19. und 20. Mai für den Parteivorsitz kandidieren; Alois Mock soll dem Parteitag als Ehrenvorsitzender vorgeschlagen werden und bleibt Außenminister.

Politische und kirchliche Frontstellungen

Damit wird eine gegenläufige Bewegung in der Politik gegenüber den Vorgängen in der katholischen Kirche Österreichs sichtbar. Diese Differenz wird schon allein in der Person Josef Riegler deutlich, der in seinen Studienjahren in Wien Mitglied jener katholischen Hochschulgemeinde von *Karl Strobl* war, die Weihbischof *Kurt Krenn* bald nach seinem Amtsantritt teilte und zur Hälfte dem Opus Dei überantwortete. Riegler war auch Funktionär der „Katholischen Hochschuljugend“ in Wien, deren gewählten Amtsträgern zur Zeit die bischöfliche Bestätigung in Wien verweigert wird. Nach seinem Studienabschluß wurde Josef Riegler Generalsekretär der Katholischen Aktion in seiner steirischen Heimat, bis er dann in die Politik ging, zunächst als Bauernbund-Direktor in der Steiermark, dann als Nationalratsabgeordneter, als steirischer Landesrat und schließlich als Landwirtschaftsminister. Er und seine Freunde in der Steiermark und in

anderen Bundesländern verweisen auf die Notwendigkeit der politischen Erneuerung der Partei, Riegler tritt auch dafür ein, daß in der ÖVP der Zuzug „bunter Vögel“ nicht unterbunden wird. Auf dieser inhaltlichen Ebene ergeben sich Querverbindungen zur Wiener ÖVP unter *Erhard Busek*, der ebenfalls aus der katholischen Jugendbewegung der Nachkriegszeit kommt.

Der Kampf um eine Neubesetzung der Parteiführung in der ÖVP stellt somit nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenartigen Temperamenten, sondern auch zwischen differenten inhaltlichen Zielsetzungen dar. Die Linie der Auseinandersetzung fällt dabei zum Teil mit überholt geglaubten innerkirchlichen Frontstellungen zusammen, die einerseits durch den auf die ÖVP fixierten „politischen Katholizismus“ vieler Mitglieder des Cartellverbandes und andererseits durch das Bemühen um eine konziliare Öffnung gegenüber allen demokratischen Bewegungen und auch diversen Randgruppen bei den aus der katholischen Jugendbewegung der Nachkriegszeit kommenden VP-Funktionären repräsentiert werden. Natürlich sind die einzelnen Lager in diesem Zwist nicht immer klar voneinander abzugrenzen, in vielen Fällen verschwimmen die Profile der Kontrahenten, aber im Tauziehen zwischen Mock und Riegler sind sie doch in überraschender Deutlichkeit vorzufinden. *Fritz Csoklich*

Der schwierige Weg in die parlamentarische Demokratie

Die Vereinbarungen am „runden Tisch“ in Polen

Nachdem das Verhandlungsergebnis zwischen der polnischen Regierung und der jetzt wieder zugelassenen Opposition vorliegt und die Protokolle unterzeichnet sind, zeigt sich, daß der mühsame Weg zum „runden Tisch“ sich gelohnt hat. Der Weg hin zu einer sozialistischen, aber pluralistischen Demokratie wurde einstweilen freigegeben. Ob er auch zum Erfolg führt, hängt (neben den Außenverhältnissen in Osteuropa) aber vor allem von den Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der polnischen Wirtschaft ab.

Der 5. April 1989 wird in die Nachkriegsgeschichte Polens als ein historisches Datum eingehen. Am Abend dieses Tages verabschiedeten die Teilnehmer an dem schon legendären „runden Tisch“ in Warschauer Regierungspalais, an dem 57 Personen Platz hatten, ein Reformpaket, das Polen im Laufe der neunziger Jahre (jedenfalls nach den Hoffnungen von *Solidarność* und Teilen der Bevölkerung) auf evolutionärem Wege in eine marktwirtschaftlich orientierte parlamentarische Demokratie mit starken unabhängigen Gewerkschaften führen soll. Unterschrieben wurden die Vereinbarungen, von denen einige wenige Tage später auf dem parlamentarischen Weg in Gesetzes-

form gebracht wurden, von Repräsentanten der seit 45 Jahren regierenden Arbeiterpartei und Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Opposition, die bereit waren, mit den Vertretern des Systems zu verhandeln. Die Fundamentalopposition, die eine Kompromißlösung in Polen grundsätzlich ablehnt, fehlte am „runden Tisch“. Die offiziellen Gewerkschaften (OPZZ), die während des Kriegsrechts gegründet worden waren, legten Wert darauf, als dritte Partei bei den Verhandlungen in Warschau aufzutreten.

Die Verhandlungen am „runden Tisch“ und die Vereinbarungen sind eine *politische Premiere im Realsozialismus*, die in ihrer systemverändernden Konsequenz weit über das hinausgehen, was in anderen reformorientierten Ländern des Warschauer Paktes – wie Ungarn und der Sowjetunion – an Systemwandel bisher impliziert ist. Das von den bundesdeutschen Medien favorisierte Ungarn will einen „runden Tisch“ nach polnischem Muster erst noch zustande bringen.

Doch: Angesichts der historischen Vereinbarung zwischen der Partei und einer Opposition, die die friedliche evolutionäre Überwindung des bestehenden Systems

nicht aufgegeben hat, im Gegenteil während der Abschlußveranstaltung am 5. April vom Fernsehen landesweit übertragen, die Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie ohne das Attribut „sozialistisch“ und die faktische Entmachtung der Partei in absehbarer Zeit anstrebt, will sich in der polnischen Bevölkerung keine Begeisterung einstellen – kein Vergleich zu der Euphorie im Sommer 1980 nach der Unterzeichnung der „gesellschaftlichen Vereinbarungen“ in Stettin, Danzig und Jastrzębie, aus denen die „Solidarność“ hervorging. Die Gleichgültigkeit und Skepsis in einem breiten Spektrum der Bevölkerung ist für den Beobachter nicht zu übersehen.

Der Weg zum „runden Tisch“ war mühsam, aber unvermeidlich

Der tägliche Kampf mit den Folgen einer schon zehn Jahre andauernden *Wirtschaftskrise mit sinkendem Lebensstandard* und galoppierender Inflation und das festverwurzelte Mißtrauen gegen die „classe politique“, vor dem sich auch die Repräsentanten der Opposition nicht mehr völlig bewahren können, lassen erwarten, daß von den kompromißbereiten Politikern auf beiden Seiten des „runden Tisches“ noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muß, bis die Polen in ihrer Mehrheit wieder an eine bessere Zukunft glauben und für diese Zukunft bereit sind, nochmals – zum wievielten Mal? – die Ärmel hochzukrempeln.

Eben diese Hoffnungslosigkeit und Apathie weiter Kreise der Gesellschaft im Verbund mit zunehmender Radikalisierung in Teilen der arbeitenden und studierenden Jugend war auch der Ausgangspunkt und Anlaß für die Bemühungen und die Gespräche am „runden Tisch“. Die konkrete Phase der Vorbereitung begann im August 1988. Damals brach die zweite Streikwelle des Jahres aus. Die Behörden erklärten die Streiks für illegal und nahmen mit den Streikkomitees keine Gespräche auf. Da trat als Vermittler zwischen Staatsmacht und Streikenden Prof. *Andrzej Stelmachowski* auf, der Vorsitzende des Warschauer Klubs der katholischen Intelligenz (KIK). Nach einer ersten Kontaktaufnahme mit ZK-Sekretär *Józef Czyrek*, der ein Jahr zuvor den Warschauer KIK anläßlich eines Treffens mit KIK-Vertretern aus ganz Polen besucht hatte, erteilte das Politbüro auf Stelmachowskis Vorschlag dem polnischen Innenminister, General *Czesław Kiszczak*, den Auftrag, als spektakulären Beweis des guten Willens der Führung der polnischen (kommunistischen) Arbeiterpartei zu einem authentischen Dialog ein Treffen mit Lech Wałęsa vorzubereiten.

Am 31. August 1988 kam es zur ersten Begegnung Wałęsa-Kiszczak, dem ersten Gespräch Wałęsas unter Gleichen mit einem Vertreter der Staatsmacht seit November 1981. Angesichts der andauernden Streiks in der Danziger Lenin-Werft schaltete sich der Episkopat direkt in die Vermittlungsbemühungen ein, indem Bischof *Jerzy Dąbrowski* „auf beiderseitigen Wunsch“ (und das für Ge-

werkschaftsfragen zuständige stellvertretende Politbüromitglied *Stanisław Ciosek*) an der Begegnung am „runden Tisch“ teilnahm.

Weitere Arbeitstreffen zwischen Kiszczak und Wałęsa, die der Vorbereitung des „runden Tisches“ dienten, fanden am 15. und 16. September statt. An beiden nahm u. a. Prälat *Alojzy Orszulik* im Auftrag von Primas Glemp teil. Trotz der intensiven Gespräche kam es im September nicht zu der erwarteten Begegnung am „runden Tisch“. Hauptstreitpunkt war die Legalisierung der „Solidarność“, die Wałęsa mindestens als vorläufige Absichtserklärung der Regierung forderte. Auch wollte sich die Regierungsseite nicht auf die Teilnahme von Oppositionspolitikern wie *Adam Michnik* und *Jacek Kuroń* einlassen.

Die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften war für die Regierung nicht mehr vermeidbar

Nach der Regierungsübernahme von *Mieczysław Rakowski* im September 1988 drohten die Vorbereitungen für den „runden Tisch“ endgültig zu scheitern. Die neue Regierung wollte sich auf radikale Wirtschaftsreform konzentrieren und zeigte wenig Bereitschaft, die Frage des Gewerkschaftspluralismus vordringlich zu behandeln. Auf der anderen Seite fühlte sich die katholische Kirche düpiert, da die von den polnischen Behörden gegenüber der Kirche gemachte Zusage über den Verzicht auf Repressalien gegenüber Streikenden nicht eingehalten wurde und dadurch die Autorität der Kirche unterhöhlt zu werden drohte.

Der politische Durchbruch kam unmittelbar nach dem Fernsehduell zwischen dem Vorsitzenden des offiziellen Gewerkschaftsbundes OPZZ, dem Politbüromitglied *Alfred Miodowicz*, und *Lech Wałęsa* am 30. November 1988 (vgl. HK, Januar 1989, 14 f.). Erstmals nach sieben Jahren war der Arbeiterführer wieder landesweit präsent. Millionen von jungen Polen hatten ihn noch nie zuvor gesehen, nur von der schon legendären Gestalt gehört. Innerhalb weniger Tage nach dem Fernsehduell gründeten sich Hunderte neue Gewerkschaftszellen der „Solidarność“ in den Betrieben. Der politischen Führung wurde innerhalb kürzester Zeit klar, daß ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise und Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung, eine radikale Wirtschaftsreform mit der Einführung von Marktmechanismen, die eine weitere Senkung des Lebensstandards nach sich ziehen mußten, ohne eine politische Verständigung über einen Gewerkschaftspluralismus, der auf die Wiederzulassung der „Solidarność“ hinauslief, und neue Formen des politischen Pluralismus nicht zu verwirklichen waren.

Zur Vorbereitung der Gespräche am „runden Tisch“ über politische Reformen wurde die 10. ZK-Sitzung der PVAP am 21./22. Dezember 1988 und in einer zweiten Tour vom 16.–18. Januar 1989 einberufen. Partei- und Staatschef Jaruzelski und die Parteispitze mußten mit Rücktritt

drohen, um die Mehrheit des Zentralkomitees für ein Programm des gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus in einer „sozialistischen parlamentarischen Demokratie“ zu gewinnen. Von den Parteimitgliedern wurden die ZK-Beschlüsse instinktiv richtig als unumkehrbarer Abschied vom Realsozialismus der vergangenen vierzig Jahre empfunden.

In der Stellungnahme des Landesexekutivkomitees der „Solidarność“ wurden die ZK-Beschlüsse als „grundlegender Schritt hin zum gesellschaftlichen Dialog“ bewertet. Bei einem Vorbereitungstreffen am 27. Januar 1989 zwischen Vertretern der Staatsmacht, der Opposition und der katholischen Kirche wurde der Beginn der Runderstischgespräche für den 6. Februar 1989 festgelegt. Bis zum 5. April verhandelten in Warschau die Vertreter der regierenden Partei und ihrer Verbündeten und der weitgefächerten Opposition über einen „historischen Kompromiß“, der das Machtmonopol der PVAP endgültig beseitigen soll.

Am „runden Tisch“ wurde Abmachungen getroffen, die das politische und institutionelle System Polens in den nächsten Jahren grundlegend verändern können. Schon vor der Unterzeichnung der Protokolle waren dem Sejm am 22. März Verfassungsänderungen und Gesetzesnovellierungen zugeleitet worden, die in der parlamentarischen Beratung dem aktuellen Stand der Verhandlungen des Runderstisch-Ausschusses für politische Reformen angepaßt und am 7. April verabschiedet wurden. Es handelte sich um die Änderung der Wahlordnung für die vorgezogenen Sejmwahlen im Juni, die Einführung des Senats als zweite Kammer und des Präsidentenamtes, die Einführung des Gewerkschaftspluralismus und ein weitgehend liberalisiertes Vereinsrecht.

Schrittweise soll die volle Volkssouveränität zurückgewonnen werden

Die Protokolle des „runden Tisches“ umfassen alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der „runde Tisch“, an dem neben Innenminister Kiszczak und ZK-Sekretär Ciosek als prominentesten Parteipräsidenten die bekanntesten Oppositionsvertreter wie Adam Michnik und Jacek Kuron, die „Solidarność“-Aktivisten *Zbigniew Bujak*, *Władysław Frasyniuk*, einige Streikführer des Jahres 1988, „Solidarność“-Berater wie *Bronisław Geremek*, *Tadeusz Mazowiecki*, *Andrzej Wielowieyski* und zwei Beobachter des Episkopats saßen, war nur das Forum der feierlichen Eröffnungs- und Schlußsitzung. Die eigentlichen Verhandlungen wurden in drei Hauptausschüssen, zehn Unterausschüssen und sechs Arbeitsgruppen geführt, an denen mehr als dreihundert Fachleute teilnahmen. Das Ergebnis wurde in drei Protokollen zusammengefaßt. Sie betreffen die politische Reformen, den Gewerkschaftspluralismus und neben der Wirtschaftspolitik die Sozialpolitik.

Das Protokoll über politische Reformen wurde von dem Historiker Geremek, der sich als der führende politische Kopf von Format der „solidaritäts-oppositionellen Seite“ profilierte, und dem Politbüromitglied und Sozialpsychologen *Janusz Reykowski* unterzeichnet. Es sieht als gemeinsames Ziel die *schrittweise Einführung des Prinzips der vollen Volkssouveränität* vor. Als Bestandteile eines solchen Systems wurden aufgezählt: politischer Pluralismus vor allem durch das Recht auf freie Vereinigung; Freiheit des Wortes, darunter der Zugang zu den Massenkommunikationsmitteln; demokratische Verfahren bei der Besetzung aller staatlichen Vertretungsorgane; Unabhängigkeit der Richter und ihre gesetzliche Kontrollbefugnis; eine starke und frei gewählte Territorialverwaltung. Beide Seiten treten für eine Reform auf evolutionärem Weg ein und verweisen auf die Bedrohung durch zu radikale Schritte und die Aktivitäten der Reformgegner. Als *Sofortmaßnahmen* sind geplant: die (inzwischen erfolgte) Legalisierung der „Solidarność“, der „Solidarność“ der Privatbauern sowie des „Unabhängigen Studentenverbandes“ (NZS), ferner die Anerkennung des Rechts der politischen Opposition auf legale Betätigung, die Novellierung des Vereinsgesetzes, die Einleitung der Rechts- und Gerichtsreform, die Erweiterung der Pressefreiheit und eine „wesentliche Demokratisierung“ des Wahlrechts. Das im Juni zu wählende Parlament wird verpflichtet, eine neue demokratische Verfassung und ein neues demokratisches Wahlrecht auszuarbeiten. Die Wahlen zum Sejm im Jahre 1993 sollen wirklich frei sein.

Die Freiheit der Wahl zum Sejm in diesem Jahr wird durch eine am „runden Tisch“ vereinbarte Mandatsaufteilung eingeschränkt, die nur für diese Wahl gilt. Sechzig Prozent der Sitze entfallen auf die Regierungskoalition, (die PVAP beansprucht in der Koalition nur noch 38%), weitere 5% auf die regierungsloyalen katholischen Gruppierungen PAX, PZKS und UChS. *Parteilose Kandidaten*, die von unabhängigen Bürgergruppen aufgestellt werden, konkurrieren um 35% der Abgeordnetensitze. Die Wahlen zum neuen Senat, einer Länderkammer, werden völlig frei sein. Um die Verteilung der 100 Sitze (zwei pro Wojewodschaft mit Ausnahme Warschaws und Kattowitz, die je drei Sitze erhalten) wird es einen *freien Wahlkampf* geben. Wenn bei den Wahlen zum Sejm und Senat keiner der Kandidaten mehr als fünfzig Prozent der Stimmen auf sich vereinigt, kommt es zu einem zweiten Wahlgang nach 14 Tagen, bei dem der Kandidat mit der relativen Mehrheit gewählt ist. Die Auszählung der Stimmen findet unter Kontrolle der Opposition statt. Dem Senat steht das Recht zu, Gesetze einzubringen und vom Sejm verabschiedete Gesetze anzufechten. Angefochtene Gesetze bedürfen zur Abweisung der Anfechtung einer Zweidrittelmehrheit im Sejm. Die Regierungsseite hatte ursprünglich auf einer Dreifünftelmehrheit gepocht; in dem Fall wäre sie nicht auf Stimmen der Opposition angewiesen. Eine aus Sejm und Senat gebildete Nationalversammlung wählt mit absoluter Mehrheit auf sechs Jahre den Präsidenten.

Das Gewerkschaftsprotokoll wurde gleich von drei Seiten unterzeichnet

Die verfassungsmäßig starke Stellung des Präsidentenamtes, das auf den gegenwärtigen Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski zugeschnitten wurde, soll ebenso wie der in der nächsten Legislaturperiode noch von der Regierungskoalition majorisierte Sejm ein stabilisierendes Element im evolutionären Systemwandel sein, der ursprünglich von der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1980/81 ausgegangen war und nun nach zwei Monaten Verhandlungen am „runden Tisch“ viel weiter geht, als von „Solidarność“ und den Repräsentanten der politischen Opposition vor einem halben Jahr noch ernsthaft erwartet wurde.

Das Protokoll über den Gewerkschaftspluralismus wurde von drei Seiten unterzeichnet, da die kommunistisch gelenkten Gewerkschaften unabhängig von der Regierungsseite auftraten – ja bis zuletzt gegen Regierungs- und Oppositionsvertreter mit Maximalforderungen populistische Obstruktionspolitik betrieben. Die Unterschrift leisteten Minister *Aleksander Kwaśniewski*, *Tadeusz Mazowiecki* und der stellvertretende OPZZ-Vorsitzende *Romuald Sosnowski*. Die drei Seiten bekennen sich zu den „Gesellschaftlichen Vereinbarungen“ von August 1980, zur allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, vor allem aber zur Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Wegen der Schwierigkeiten, die aus dem Nebeneinander verschiedener Gewerkschaften erwachsen können, erwarten die Unterzeichner, daß es nicht zu einem gegenseitigen Überbieten von Forderungen kommt. Streiks sollen auch in Zukunft nur das „letzte Mittel“ sein. Unverzüglich realisiert wurde u. a.: das Recht auf Gewerkschaftsgründung durch die Wiederzulassung der „Solidarność“ (die Gewerkschaftsstrukturen können nach Branchen, Regionen, Berufsgruppen oder anderen ILO-Kritiken frei gestaltet werden); die Festlegung der Grundsätze des Zusammenwirkens verschiedener Gewerkschaften in einem Betrieb; die vollständige Rehabilitierung der vom Kriegrecht betroffenen „Solidarność“-Aktivisten mit Recht auf Wiedereinstellung; die Rückgabe von „Solidarność“-Standarten und -Symbolen; die Ausarbeitung eines Gesetzes für private Landwirte.

Das vom Politbüromitglied und Wirtschaftsexperten *Władysław Baka* und dem Mitglied des Gesellschaftlichen Primates und Ökonomen *Witold Trzeciakowski* unterzeichnete Protokoll sieht u. a. vor: die Verbesserung der Marktversorgung und der Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere durch die Verminderung des Anteils des Energie- und Rohstoffkomplexes in der Investitionsgüterindustrie auf dem Wege der Verminderung des Material- und Energieverbrauchs der Wirtschaft zugunsten der Lebensmittel- und Bauindustrie sowie des Umweltschutzes; die Beseitigung des Haushaltsdefizites in den nächsten 2–3 Jahren, Schritte gegen die zunehmende „Dollarisierung“ des Marktes (d. h. immer weiter um sich

greifenden Erwerb von Gütern und Dienstleistungen nur noch gegen Valuta); innere und später auch äußere Konvertibilität des Złoty; Indexierung der Löhne mit 80%igem Inflationsausgleich (dem stimmen die OPZZ-Gewerkschaften – einen 100%igen pauschalen Inflationsausgleich fordernd – nicht zu); Einschränkung der Arbeitsplatzgarantie; Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung nach den Gesetzen des Marktes und der Konkurrenz bei gleichzeitiger Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung und verfassungsmäßiger Garantie der Eigentumsformen (staatlich, genossenschaftlich, privat); Neuregelung des Schuldendienstes, der in seiner bisherigen Form eine Belastung für die gesamte Entwicklung der polnischen Wirtschaft, der Versorgung, des Investitionsimports und der Konkurrenzfähigkeit nach außen darstellt.

Entscheidend wird die wirtschaftliche Entwicklung sein

Symptomatisch für die Stimmungslage in Polen und bedeutungsvoll für zukünftige Konfliktpunkte ist der Umstand, daß, ungeachtet der Strittigkeit von Einzelfragen, der Kompromiß im Bereich der politischen Reformen einfacher erreichbar war als im Ausschuß für Wirtschaft und Sozialpolitik. Hier waren die Gegensätze bis zuletzt fast unüberbrückbar: ein „bal paradox“, bei dem die von der Partei dominierte Regierungsseite als Verfechter der neu entdeckten Marktwirtschaft – eher frei als sozial – auftrat, während die Oppositionsvertreter und insbesondere die Parteigewerkschaften sich vorwerfen lassen mußten, den Egalitarismus zu predigen.

So sind es nicht die Abweichungen vom Idealbild der Demokratie, die die gesellschaftliche Akzeptanz des „historischen Kompromisses“ erschweren könnten. Die Mehrheit der Bevölkerung interessieren heute weniger die Einzelheiten präsidialer Ausnahmerechte oder die Kompetenzen des Senats gegenüber dem Sejm. Was für sie zählt, ist die *Aussicht auf absehbare Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage*. Die Vertreter des Kompromisses auf seiten der Partei und der Opposition plagt die Sorge, ob der „runde Tisch“ nicht viel zu spät aufgestellt wurde.

Der Erfolg des polnischen Weges zur parlamentarischen Demokratie hängt mehr denn je von der Überwindung einer vom realsozialistischen System geprägten Mentalität jedes einzelnen polnischen Bürgers ab, der plötzlich vergessen soll, was ihm in den letzten vierzig Jahren anerkannt wurde. Von entscheidender wirtschaftlicher, politischer und psychologischer Bedeutung für die polnische Bevölkerung wird sein, daß die westlichen Demokratien durch großzügige wirtschaftliche Unterstützung für vernünftige Projekte demonstrieren, daß sie der größten politischen Umwälzung in Polen seit 1944 eine Chance geben. Inzwischen hat in Polen der erste Wahlkampf seit 42 Jahren begonnen und erscheint landesweit eine von der Opposition herausgegebene Tageszeitung in einer Auflage von 500 000 Exemplaren. Das Experiment ist angefallen.

Dieter Bingen